

UNFUG rechtlich nicht möglich?

Die Akte widerspricht den öffentlichen Behauptungen der Stadt!



Wieso investieren Sie so viel Zeit und Aufwand in die Zerstörung eines linken Freiraumes?

Wir betreiben keine Zerstörung. Die persönlichen oder politischen Überzeugungen der Bewohnerinnen und Bewohner spielen hier keine Rolle. Es geht uns um die Einhaltung der bau- und planungsrechtlichen Regeln, Regeln, die für alle Menschen in der Stadt gleichermaßen gelten. Wir investieren hier auch nicht mehr Zeit als bei anderen Bauprojekten.

Stimmt es, dass Sie eine Anwaltskanzlei beauftragt haben? Wenn Sie immer sagen, dass der Fall so klar ist, wieso brauchen Sie dann eine Anwaltskanzlei, die wir von unseren Steuergeldern zahlen müssen? Eine Verwaltung muss rechtlich korrekte Verfahren betreiben. Darauf hat die Bürgerschaft Anspruch, wir leben in einem Rechtsstaat. Unser Rechtsamt ist ausgelastet, u.a. wegen personeller Engpässe aus Krankheitsgründen, aber auch durch Corona. Daher haben wir eine externe Kanzlei beauftragt.

/!- iW4*

Welche Schritte hat die Stadt gegen Unfug unternommen und warum?

Die Bauwagen wurden ohne Baugenehmigung auf dem Grundstück an der Konrad-Adenauer-Str. 120 aufgestellt, die unmittelbar angrenzende Waldfläche ist nicht nur ein Landschaftsschutzgebiet, sondern zugleich auch ein wertvolles Biotop. Die Verwaltung hat seit dem Sommer 2019 den Eigentümern des Grundstückes mehrfach erklärt, dass aus bauplanungsrechtlichen Gründen hier keine Bauwagensiedlung möglich ist. Daraufhin hat die Verwaltung die Eigentümer des Grundstücks aufgefordert, die Bauwagen bis 1. Juli 2020 zu entfernen und mit diesen einen Umzug z.B. auf den planungsrechtlich abgesicherten Bauwagenplatz am Kreideberg vorzunehmen. Gegen diese Verfügung hat Unfug vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg Klage eingereicht.

Welche Gefahr sieht die Stadt im Bestehenbleiben von Unfug?

Wir haben keine Probleme im Bestehen von Unfug als alternative Wohnform und dass Menschen selbstbestimmt in Wohnprojekten und/oder in Bauwagen leben möchten. Gemeinschaftliche Wohnformen sind sogar eigens bei der Aktualisierung des Wohnungsbauförderprogramms Zwo21 mit aufgenommen worden (s.o.).

Ebenso verweisen wir auf die rechtliche Absicherung per Bebauungsplan für ein alternatives Wohnprojekt an der Vögeler Straße, das die Hansestadt Lüneburg schon vor zehn Jahren zusammen mit z.T. denselben Akteur/innen realisiert hat, die jetzt an der Konrad-Adenauer-Str. 120 leben. Wir haben baurechtliche Probleme mit dem Standort Konrad-Adenauer-Str. 120, unter anderem mit dem Brandschutz, mit Natur- und Umweltschutz sowie mit dem Planungsrecht. Die Eigentümer haben die Möglichkeit, die Entscheidungen der Hansestadt Lüneburg gerichtlich klären zu lassen.

Der Oberbürgermeister verfolgt persönlich den kompletten Prozess gegen Unfug und mischt vermehrt persönlich ein. Er selber beschließt auch die Beauftragung der Anwaltskanzlei mit.

(Bl. 752, 158, 160, 205, 408 der Akte)

Aus der Akte geht hervor, dass die Anwaltskanzlei bereits vor der Corona-Pandemie eingeschaltet wurde. Der Beschluss die Kanzlei einzuschalten wurde am 26.06.2019 getroffen, nachdem sich die Stadtverwaltung schon festgelegt hatte, das Wohnen in den Wagen zu unterbinden und bevor sich der Stadtrat, also die Bürgervertretung mit dem Thema befassen konnte.

(Bl. 760 der Akte)

Dieser Abschnitt ist aus juristischer Sicht falsch. Es wurde uns lediglich die Nutzung der Bauwagen zu Wohnzwecken auf unserem Grundstück verboten. Nicht das Aufstellen.

(Bl. 417 der Akte)

In der Akte des Bauamtes finden sich Stellungnahmen der unteren Naturschutzbehörde, des stellv. Stadtbrandmeisters, des Fachbereichs Grünplanung, der Abwassergesellschaft, des Fachbereichs Straßenbau und des Landkreis Lüneburg. All diese Stellungnahmen haben keine Bedenken hinsichtlich der Bauwagen auf dem Grundstück von Unfug.

Vor allem der Brandschutz ist vorgeschoben, da sich der Anwalt und ein Mitarbeiter des Bauamtes darüber besprechen, ob sie sich mit dem Argument lächerlich machen vor Gericht.

(Bl. 25, 28, 37, 56f, 75f, 182, 475f der Akte)

Quelle: <https://www.hansestadtlueneburg.de/Home-Hansestadt-Lueneburg/Stadt-und-Politik/Aktuelles-hansestadt-lueneburg/wohnprojekt-unfug.aspx>

Stand: 08.06.2020

Quelle: Akte der Bauaufsichtsbehörde der Hansestadt Lüneburg - Die jeweiligen Blätter sind diesem Dokument angehängt

Stand: 19.06.2020